

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Sonnemanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 Zeilen oder deren Raum 15 Pf., die Spaltenbreite 40 Pf., Ausnahmestellen 50 Pf. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags subor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 14

Dienstag, den 2. Februar 1932

34. Jahrg.

Frühere Reichstageseinberufung?

Um die Hindenburgwahl.

— Berlin, 30. Januar.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl durch den Reichstag selbst erfolgen, und nicht durch seinen Ständigen Ausschuß nach der Verfallung hat nämlich der Ständige Ausschuß das Recht zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung nur in jenen Zeiten, in denen der Reichstag nicht versammelt ist. Nach Auflösung des Reichstages bis zum Wiederzusammentritt des neu gewählten Parlaments oder nach Schluß eines Tagungsausschnittes.

Der Reichstag hat aber diesmal keine Tagung nicht geschlossen, sondern er gilt als verfallend, da er sich auf einen bestimmten Tag verlagert hat, nämlich auf den 23. Februar.

Der 23. Februar ist allerdings zu spät für die Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl. Die daher notwendige Einberufung des Parlaments wird erfolgen, sobald die Bemühungen um die Kandidatur Hindenburg abgeschlossen sind. Reichspräsident Eberth wird dann den Reichstag nur zum Zweck der Bestimmung des Wahltermins, voraussichtlich ohne nachmalige Befragung des Vorkonferenzen, sofort einberufen, da ja aus der Mitteilung dererigen Parteien, die die Kandidatur Hindenburg unterstützen, herorgehen dürfte, daß nunmehr eine Mehrheit des Reichstages seine Einberufung wünscht.

Der unter der Leitung des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Schimmler der Reichspräsidentenwahl vorbereitenden Reichstages Ausschusses für die Vorbereitung der Kandidatur Hindenburg glaubt, wie man weiter aus parlamentarischen Kreisen erfährt, am Montag mit seinem Auftreten vor die Öffentlichkeit treten zu können.

Theoretisch würde also eine Einberufung des Reichstages sich für die übernächste Woche möglich sein. Da sich jedoch der Reichstag zu dieser Zeit in Genf aufhalten wird, so würde voraussichtlich ein etwas späterer Termin für den Zusammentritt des Parlaments gewählt werden müssen.

67 Milliarden bezahlt.

Klare Abrechnung über die deutschen Leistungen seit dem Waffenstillstand.

— Berlin, 30. Januar.

Die französischen Berechnungen, wonach Deutschland Frankreich noch Beträge für den Wiederaufbau des Kampfbetriebs „schuldet“ und die Märchen über die günstige Finanzlage Deutschlands nach der Entwertung der inneren Schulden in der Inflation erfahren jetzt durch amtliche Zahlen über die Gesamtschulden der bisher von Deutschland geleisteten Zahlungen eine klare Zurückweisung.

Nach dieser amtlichen Berechnung hat Deutschland bis zum Inkrafttreten des Dawesplans, also bis zum 31. August 1924, den Reparationsmilitären Vermögenswerten von insgesamt 42 059 Millionen Goldmark übergeben. Davon entfallen je zehn Milliarden Mark auf das abgetretene Staats- und Privatvermögen. Outgezeichnet hat uns die Reparationskommission von diesen 42 Milliarden Mark ganz nicht.

An Ausführung des Dawes- und des Youngplans hat Deutschland dann weitere zehn Milliarden Mark geleistet, so daß die Gesamtsumme der deutschen Leistungen sich auf nunmehr 52 Milliarden Mark erhöhte. Hierzu sind aber noch weitere Kosten, der Wert des zwangsweise vernichteten Kriegsmaterials mit über acht Milliarden, die industrielle Abnutzung und die inneren Belastungskosten zum Beispiel, im Gesamtsumme von über 14 Milliarden hinzuzurechnen. Ingesamt ergibt sich also eine deutsche Leistung von 67 673 Millionen Goldmark.

Aber auch in dieser Summe fehlt noch immer die Berechnung des volkswirtschaftlichen Wertes der abgetretenen Gebiete und der Kolonien, ferner alle indirekten Schäden. Auch die Belastung des deutschen Kredits durch den Kapitalwert der Younganteile und die Belastung aus dem Hooverjahr ist noch nicht darin enthalten.

Die offizielle Erklärung tritt dann noch der Artifikation entgegen, daß Deutschlands innere Schuld im Verhältnis zu der seiner Gläubigerländer gering sei und Deutschland infolgedessen bei einer Entlastung von den Reparationsleistungen fähiger sein würde als viele Länder.

Die Inflation, die die inneren Kriegsschulden ausgelöst habe, habe ebenso den einzelnen Staatsbürgern wie dem Staat selbst schwere Einbußen und Neubelastungen gebracht, zumal da sich mit der Verdrängung des Kapitals durch die Inflation die Übertragung von Kapital und Sogbürgern in dem oben erwähnten Umfange auf Grund des Friedensvertrages gleichen Schritt gehalten habe.

Eröffnung der „Grünen Woche“.

Ein Gang durch die Ausstellung.

Berlin, 30. Januar.

Am heutigen Sonabend wird in der Reichshauptstadt die „7. Grüne Woche“ eröffnet. Begrüßungsansprachen halten Reichsernährungsminister Scheide, der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger und Oberbürgermeister Dr. Sahm. Ein erster Gang durch die Ausstellung zeigt eine Fülle von landwirtschaftlichen Schau- und Lehr-

stätten. Einen breiten Raum nimmt die Sonderchau: „Deutscher Wald — deutsches Holz“ ein. Hier wird die Entstehung des deutschen Holzes gezeigt, ferner das, was der Förstmann tun kann, um die Verwendungsmöglichkeit des Holzes zu verbreitern. Eine Illustration dazu bietet ein Forsthaus und zwei Siedlungshäuser, alle drei ganz aus Holz errichtet.

Die Wandtafel zeigt neben einzelnen Sonderausstellungen vor allem an die fränkischen Besucher, um ihnen die Güte des deutschen Erzeugnisses sinnfällig vor Augen zu führen. Die Reichswirtschaftliche für deutsche Ware, hat eine Sonderausstellung: „Der entscheidende Augenblick — Deutsche Ware oder Auslandsware“ zusammengestellt. Der Gartenbau zeigt den Besuchern u. a. die Zusammenhänge zwischen Gartenbau und Ernährung. Das preussische Landwirtschaftsmuseum bringt eine Sonderchau über Gartenmaschinen. 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Deutschen Reiches sind noch entwässerungsbedürftig.

Auf einer von Angelpeter veranstalteten Sonderchau findet die Wollhandkrabbe besonderes Interesse. Die Jagdausstellung ist auch in diesem Jahre recht umfangreich. Auf der Pferdeschau mit ihren prächtigen Ausstellungen findet man auch das kleinste Pferd der Welt, die einjährige Schimmelstute „Gita“, ein original-japanischer Zwergpony.

Chinesische Kriegserklärung?

Europas Diplomaten wissen von nichts.

London, 31. Januar.

Nach einem Reutertelegramm soll die chinesische Regierung beschlossen haben, Japan den Krieg zu erklären. Anher dieser kurzen Meldung liegen weitere Informationen darüber, daß die chinesische Zentralregierung sich zu einem solchen formellen Akt entschlossen habe, nicht vor.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß der englische und der amerikanische Generalkonsul mit dem japanischen Admiral Shiohama an Bord seines Flaggschiffes „Ataka“ Besprechungen hatten.

Die überreichen chinesische Vorschläge, um den abgebrochenen Waffenstillstand (der von den Chinesen wegen neuer Bombenabwürfe nicht anerkannt worden war) weiter zu erhalten und zu festigen.

Der japanische Admiral sagte zu, daß die Japaner bereit wären, die Bedingungen zu erörtern, und deutete an, daß er möglicherweise mit den Chinesen direkt verhandeln würde, um zu einer Einigung zu kommen.

Eine japanische Kriegserklärung.

Im Anschluß an die amerikanischen und englischen Schritte in Tokio hat die japanische Regierung eine Mitteilung herausgegeben, in der als erste Urkunde des japanischen Vorgehens in Schanghai der Boykott japanischer Waren und die Verhängung von belästigenden Artfellen gegen den japanischen Kaiser bezeichnet werden.

Der Kampf sei von den Chinesen entfesselt worden, die auf eine japanische Patrouille an der Grenze der internationalen Niederlassung geschossen hätten.

Die Japaner würden die Lage nicht dazu benutzen, um territoriale oder politische Kontrollrechte über Schanghai zu erwerben.

Gefährdung der internationalen Niederlassung.

Die Konflikte der auswärtigen Mächte hatten eine Verärgerung über die Maßnahmen gegen weitere japanische Gebietsverletzungen in der internationalen Niederlassung.

Außer den verschiedenen Bombenabwürfen auf die internationale Niederlassung haben die Japaner auch die Grenzen der Niederlassung überschritten bei der Verfolgung fliehender Chinesen, auf die sie auch innerhalb der Niederlassung feuerten.

Die Chinesen haben bei den ausländischen Konsuln Protest erhoben mit der Begründung, die Mächte hätten die Japaner nicht daran gehindert, die internationale Niederlassung als Basis für militärische Operationen zu benutzen. Es wird behauptet, daß der chinesische Oberbefehlshaber gedroht habe, nötigenfalls Gegenmaßnahmen gegen die internationale Niederlassung zu ergreifen.

Bericht der Berliner chinesischen Gesandtschaft.

Die chinesische Gesandtschaft in Berlin hat folgende amtliche telegraphische Nachricht erhalten:

„Ungeachtet der Tatsache, daß die Stadtverwaltung von Schanghai innerhalb der festgelegten Frist die Forderungen des japanischen Generalkonsuls in Schanghai angenommen hat, konnten die japanischen Truppen am 28. dieses Monats und drängen um 11 Uhr abends (Schanghaier Dzeit) in den chinesischen Stadtteil Schapei ein.“

Zu gleicher Zeit feuerten die japanischen Kriegsschiffe 40 Schuß auf die Befestigungen von Wulung ab, hierauf erhielt die Stadtverwaltung ein Ultimatum des Oberkommandierenden der japanischen Streitkräfte, durch welches die Zurückziehung der chinesischen Truppen aus Schanghai verlangt wurde.

Während die südlichen Behörden über die zu gebende Antwort verhandelten (am 29. Januar 0.30 Uhr), eröffneten die Japaner Maschinenartillerie auf die chinesischen Truppen in Schapei.

Während gleichzeitig umzingelten japanische Truppen den Vorposten, entmündeten die chinesische Polizei Schapei sowie Teile der 6. Division der in Schanghai garnisonierenden chinesischen Streitkräfte. Um 1.30 Uhr wurden japanische Verstärkungen gelandet, die sich in Richtung auf die Nord-Schanghai-Road in Bewegung setzten.

Als sie auf bestigen Widerstand der chinesischen Truppen stießen, kam es in Schapei zu schweren Gefechten. Die Japaner legten Feuer an Gebäude im Viertel von Schapei, so daß bald der gesamte Bezirk von Schapei ein Flammenmeer bildete.

Was macht Rußland?

Die Möglichkeit eines russisch-japanischen Konflikts ist durch die Lage an der Front von Charbin gegeben. Da es den japanischen Truppen trotz fortgesetzter Flugzeugangriffe auf Charbin an der Dschinabahn in der Manchchurei nicht gelungen ist, in die Stadt einzubringen, werden sie, auf der Bahn in aller Eile neue Truppen heranzuziehen.

Diese Bahn steht aber unter russischem Einfluß und wird von russischen Beamten zum Teil verwaltem. Die japanischen Truppen haben bereits eigenmächtig Züge für den Transport requiriert. Die Sowjet-Eisenbahnbeamten sind nun bedrängt worden, und man befürchtet, daß sie gemeinsame Sache mit den um Charbin herum stehenden chinesischen Truppen machen werden.

Fortdauer der Kämpfe in Schanghai.

An den früheren Morgenstunden verstärkte sich das Feuer in Schapei außerordentlich. Im Anschluß daran teilten die Japaner mit, daß die ersten chinesischen Verstärkungstruppen von Nanjing eingetroffen seien und in den Kampf eingegriffen hätten. Die Chinesen eröffneten die Tagesangriffe ein schweres Artilleriefeuer vom Nordbahnhof aus, unterstügt durch einige Panzerzüge.

Die japanischen Marineinfanteristen waren darauf gezwungen, zurückzuziehen. Mehrere chinesische Granaten fielen in der internationalen Niederlassung zu Boden, worauf eine große Panik entstand, da man zunächst glaubte, daß die Chinesen die internationale Niederlassung angreifen wollten.

Eine chinesische Granate traf den japanischen Tempel in der Niederlassung und richtete beträchtlichen Schaden an. Der Brand in der chinesischen Schapei wüthet ununterbrochen weiter.

Sundernde von Häusern sind dem Brand zum Opfer gefallen. Die Zahl der chinesischen Todesopfer an Männern, Frauen und Kindern ist gar nicht abzuschätzen. Sie wird auf mehrere tausend geschätzt. Während der ganzen Nacht wurde das schwarze Flammenmeer von der internationalen Niederlassung aus von Tausenden von Neugierigen beobachtet. Ganz Schanghai fand in einem hellen Flammenlicht. Zwischen den Häusern immer wieder das unheimliche Geklatter der Maschinengewehre und die Schüsse der chinesischen Feldgeschütze.

Tschiangkaijetsch Appell.

Der neue Vorkämpfer des Militärappells, Tschiangkaijetsch, hat eine Rundrede gehalten, in der er die neue Widerstandspolitik gegen die Japaner bekräftigt und alle chinesischen Truppen unter die Waffen rief, um den japanischen Eindringlingen Widerstand zu leisten.

Er wiederholt seine feierliche Versicherung, daß er bereit sei, sein Leben für das Vaterland zu opfern. Er sei auch bereit, wenn das Volk ihn rufe, wieder persönlich das Oberkommando über die Truppen zu übernehmen.

Die Chinesen hoffen, nach neuen Verstärkungen die Japaner in einer entscheidenden Schlacht völlig aus Schapei hinauszurufen.

Frankreichs zweideutige Rolle.

Im amerikanischen Kongress ist die Ansicht vorherrschend, daß Frankreich Japans geheimer Verbündeter sei. Viele Senatoren seien überzeugt, daß Japan nicht ohne Frankreichs Rückendeckung sein Unternehmen begonnen haben würde.

Man weist darauf hin, daß japanische Truppen in der französischen Konzession in Schanghai gelandet sind und daß Paris den amerikanischen Vorschlag einer Protestnote abgelehnt hat. Man nimmt an, daß Frankreich als Gegenleistung von Japan Unterstützung in der Abrüstungsfrage und in der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa erhalten habe.

Die Nanjing-Regierung hat jetzt nochmals ein dringendes Geheiß an die Unterzeichner des Kellogg-Pattes und des Neu-Nähe-Abkommens gerichtet, welche Maßnahmen gegen das japanische Vorgehen zu ergreifen.

Wolke Schanghais angebrocht.

Der japanische Generalkonsul und der Militärattaché in Schanghai haben in Tokio um Entsendung weiterer Truppen gebeten, da nach dem Eintreffen der Truppen Tschiangkaijetsch in Schanghai die japanischen Truppen den chinesischen Streitkräften nicht mehr gewachsen seien. Die japanische Regierung hat jedoch noch keine Entscheidung getroffen. Es wird erzwungen für den Fall, daß die Chinesen die japanischen Streitkräfte angreifen sollten, Schanghai zu blockieren.

Zwei weitere Flugzeugmutterschiffe, drei Kreuzer und vier Zerstörer mit Marineinfanterie an Bord sind nach Schanghai in Marich abeset worden. Mit diesen Schiffen

wird die Zahl der japanischen Kriegsschiffe in Schanghai 40 betragen.

Bei einem unerwarteten Angriff chinesischer Soldaten auf japanische Marineschiffe, die von einem Kreuzer an Land gingen, wurden zehn Japaner getötet und 28 verwundet.

Konfliktverklärung.

Nach englischen Meldungen hat Marschall Tschangtschaj erklärt, daß die Japaner in der internationalen Niederlassung von Schanghai eine militärische Basis errichtet hätten. Möglicherweise werde er gezwungen sein, den japanischen Teil der Niederlassung beschließen zu lassen.

Während der Kämpfe in Schanghai nach dem Bruch des Waffenstillstandes wurden durch chinesische Kugeln zwei englische Soldaten verumdet.

Untersuchungsausschuß für Schanghai China protestiert.

Genf, 31. Januar.

Der Völkerverbund hat auf Vorschlag des Generalsekretärs des Völkerbundes beschloffen, einen neuen Untersuchungsausschuß zu bilden, der aus den ständigen Vertretern der Großmächte in Schanghai zusammengesetzt sein soll und der dem Völkerverbund unverzüglich einen Bericht über den Ursprung und die Entwicklung der Ereignisse und den gegenwärtigen Stand in Schanghai erstatten soll.

Die Vertreter von Frankreich, England, Italien, Deutschland, Spanien und Norwegen gaben bekannt, daß sie von ihren Regierungen ermächtigt seien, dem Völkerverbund mitzuteilen, daß ihre ständigen Vertreter in Schanghai dem Völkerverbund für die Unteruchung zur Verfügung ständen.

Der chinesische Vertreter protestierte dagegen, daß bis jetzt die Unteruchung sich ausschließlich auf die Ereignisse in Schanghai beschränkt. Die chinesische Regierung habe das Verfahren des Artikels 15 nicht allein wegen Schanghai, sondern wegen der japanischen Angriffe in der Mandchurie beantragt.

Völkerverbandsbericht über die Ukrainerbeschwerden.

In den weitesten Minderheitsstreifen hat der Bericht über die Beschwerde der Ukrainer gegen die polnische Regierung einen geradezu erschütternden Eindruck hervorgerufen.

Interessanterweise wird jetzt darauf hingewiesen, daß der Völkerverbund sich rücksichtslos über die Tatsachen, über die blutigen Verfolgungen, Mißhandlungen, Ermordungen und andere Ausschreitungen der polnischen Behörden und Truppen gegen die Ukrainer hinweggesetzt habe.

In dem Bericht des japanischen Vorkämpfers werden die dokumentarisch belegten Mitteilungen der ukrainischen Minderheit mit keinem Wort erwähnt. Allgemein aufgefassen ist, in welcher rücksichtsloser Weise der Vorkämpfer Lord Robert Cecil und des britischen Außenministers, der polnischen Regierung Pflichten zur Wiedergutmachung der Schäden und Entschädigung der mißhandelten Ukrainer aufzulegen, vom Völkerverbund abgelehnt wurde.

Der Danzig-polnische Streit.

Der Völkerverbund behandelte den langwierigen Streit zwischen Danzig und Polen wegen des Anlaufens und des Aufenthalts polnischer Kriegsschiffe in Danziger Häfen. Dem Völkerverbund ist das vor einigen Wochen erlassene Rechtsurteil des haager Gerichtshofes vor, in dem festgestellt wird, daß Polen in der fraglichen Angelegenheit durch die Verträge keinerlei besondere Rechte erhalten hat. Der Völkerverbund machte sich das haager Gutachten in dem am Freitag angenommenen Bericht zu eigen.

Nach der nunmehr getroffenen Regelung hat sich die Danziger Regierung bereit erklärt, aus eigenem Willen heraus den polnischen Kriegsschiffen für die generell nunmehr die internationalen und freien Regeln gelten, gewisse auf den örtlichen Verhältnissen beruhende Gesichtspunkte zur Berücksichtigung, zum Ausweichen der Danziger Werften und zum Durchfahren der Danziger Gewässer zu gewähren.

Die Forderung der polnischen Regierung, daß diese Verpflichtungen dem Danziger Senat vom Völkerverbund durch Beschluß auferlegt werden, bleibt ohne Erfolg. Die gewissen Verletzungen, die Danzig Völkerverbund in Kriegszeiten gewährt, erfolgen ausschließlich der souveränen Stellung Danzigs als selbständiger Staat und sind selbstverständlich

im Falle einer Aenderung der Lage jederzeit wiederherstellbar. Damit liegt eine neue Anerkennung der staatlichen Souveränität Danzigs durch den Völkerverbund vor.

Der Senatspräsident Ziemka gab im Völkerverbund eine kurze Erklärung ab, indem er feststellte, daß die Rechtsfrage durch das Gutachten des haager Gerichtshofes vollständig gelöst ist. Namens der Danziger Regierung brachte er die bestimmte Erwartung zum Ausdruck, daß auf dem von den polnischen Vertretern angenommenen Wege nunmehr auch die praktische Lösung feinerer Schwierigkeiten mehr bieten werde.

Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen.

Die Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen über die mangelhafte Durchführung der Agrarreform gegen den deutschen Grundbesitz durch die polnischen Behörden ist auf die Mitteilung des Völkerverbundes verwiesen worden, da der japanische Berichterstatter Wajsfänger Sato sich außerstande erklärt hat, im Hinblick auf das außerordentlich umfangreiche Dokumentenmaterial jetzt bereits dem Völkerverbund Vorschläge zur Regelung der Frage vorzulegen.

Die Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen bleibt somit bis zur Mitteilung in der Schwebe. Auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Abordnung ist gegen den hiesigen Widerstand der polnischen Abordnung beschlossen worden, daß das Minderheitsverfahren gegen die polnische Regierung als eröffnet gilt.

Raufende Angelegenheiten.

In der öffentlichen Ratssitzung wurden eine Reihe laufender Berichte erörtert. Der Rat nahm von den Ergebnissen der Kopenhagener Konferenz Kenntnis und betonte

die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Presse auf dem Gebiete der Bekämpfung falscher Nachrichten.

Es kam sodann zu einer längeren grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der italienischen und der englischen Regierung über die Festsetzung der Grenzen zwischen dem französischen Mandatsgebiet Syrien und dem englischen Mandatsgebiet Transjordanien.

Der italienische Regierungsvertreter widersetzte sich energisch den Regelungen von Mandatsfragen ausschließlich zwischen den beteiligten Regierungen, ohne Einschaltung des Mandatsausschusses des Völkerverbundes.

Sendonin in Genf.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Sendonin, ist in Begleitung seiner Frau und seines Sekretärs in Genf eingetroffen. Sendonin gehört jedoch nicht der englischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz an.

Nach englischer Auffassung hat Sendonin die Präsidenschaft auf der Abrüstungskonferenz nur als Privatmann übernommen. Ferner ist die inoffizielle Abordnung zur Abrüstungskonferenz mit dem Außenminister Attomino an der Spitze eingetroffen. Die übrigen Abordnungen der Großmächte trafen im Laufe des Sonnabends und Sonntag ein.

Die ersten Vorbereitungen über die Aufnahme der Arbeiten der Konferenz haben bereits begonnen.

Washington und Tokio.

Wie zahlreiche Telegramme aus Washington, London, Schanghai und Tokio erkennen lassen, hat die japanisch-amerikanische Spannung durch den Einmarsch der Japaner in Schanghai einen Grad erreicht, der zu ernstlichen Befürchtungen Anlaß gibt. Die Amerikaner sehen ihre Bemühungen fort, Englands Unterstützung gegen die Abordnung der japanischen Truppen in Schanghai zu erhalten. In Washington wurde an höchster Amtsebene erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich schärfstens gegen japanischen Versuch widersetzen würden, die internationale Niederlassung in Schanghai zu befehen.

Chinas Appell an den Völkerverbund.

In chinesisch-japanischen Streifakt hat ein neuer Abschnitt begonnen. Der chinesische Gesandte hat dem Generalsekretär des Völkerverbundes im Auftrage seiner Regierung ein Schreiben übermietet, in dem China die Einstellung des offiziellen Verkehrs gegen Japan auf Grund der Artikel 10 und 15 des Völkerverbandspatentes fordert.

Der Artikel 10 enthält die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, sich jedes Angriffs auf die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit der übrigen Mitgliedsstaaten zu enthalten. Artikel 15 enthält Vorschriften über

das Verfahren zur Regelung eines Streitfalles im Falle eines bevorstehenden Bruches der Beziehungen.

Der chinesische Gesandte teilte dem Generalsekretär weiter mit, daß er sich vorbehalten müßte, das Sanktionsverfahren des Artikels 16 des Völkerverbandspatentes in Anspruch zu nehmen.

Sanktionsverfahren wird angewandt.

Beschluß des Völkerverbandes.

Genf, 30. Januar.

Nach eingehender Aussprache beschloß der Völkerverbund auf Grund des chinesischen Antrags das offizielle Verfahren des Artikels 15 einzuleiten. Die chinesischen und japanischen Vertreter wurden ermahnt, entsprechend den Paragraphen 1 und 2 des Artikels 15 dem Völkerverbund sofort eine erschöpfende Darstellung der Streitfrage und der einschlägigen Beweismittel zu ermitteln, auf Grund deren der Generalsekretär in den nächsten Stunden dem Rat Vorschläge unterbreiten kann.

Der neue Präsident an der Saar.

Der Engländer Knog ernannt.

Genf, 31. Januar.

Der Völkerverbund hat in geheimer Sitzung zum Präsidenten der Saarregierung den bisherigen englischen Botschaftsrat in Madrid, George Knog, ernannt.

Der neue Präsident der Saarregierung, der 58 Jahre alt ist, war 1923 Geschäftsträger der englischen Botschaft in Berlin und beherrscht die deutsche Sprache. Zum juristischen Mitglied der Saarregierung wurde der frühere Präsident des Verwaltungsgerichts in Belgard, Joritsch, ernannt, der gleichfalls die deutsche Sprache beherrscht und eine Zeitlang Regierungspräsident in Agram gewesen ist. Der Völkerverbund beschloß ferner, die Gehälter und Repräsentationskosten der Saarregierung um 10 v. H. herabzusetzen. Der neue Präsident und das juristische Mitglied der Saarregierung treten ihre Posten am 1. April an.

Schultheiß-Pagenhofer-Prozess.

Warum man den Aufsichtsrat nicht unterrichtet.

Berlin, 30. Januar.

Vor dem Großen Schöffengericht begann die Verhandlung gegen „Kagenellenbogen und Genossen“ wegen der Vorgänge bei der Schultheiß-Pagenhofer-Affäre. Der Angeklagte ist der Generaldirektor Kagenellenbogen, ferner der Brauereidirektor Dr. Sobornheim, Direktor Penzlin und die beiden Bauereidirektoren Rühlmann und Junke.

Generaldirektor Kagenellenbogen gab bei seiner Vernehmung einen Überblick über die Gliederung der Gesellschaften und erläuterte dann einen mit der Deutschen, der Danat-, der Commerz- und Privatbank und der Dresdner Bank geschlossenen Konfiorialvertrag vom 13. Dezember 1928, der sich mit Stützungsäufen beschäftigte. Der Angeklagte lagte dann über

das Danat-Konfiorium

aus. Die Danatbank sei mit 25 v. H. am Gewinn beteiligt worden und am Verlustgeschäft ausgedehnt. Letzteres sei aber nur durch ein Verschöneren von ihm geschehen. Der Schultheiß-Konzern sei bei den Stützungsäufen der Konfiorien mit 36 Millionen Mark beteiligt gewesen.

Kagenellenbogen erklärte, daß bei der Gründung des log. Kleinen Danat-Bank-Konfioriums neben Schultheiß-Akten auch Aktien aus seinem Besitz verkauft worden wären, um Privatgelder flüssig zu machen, zumal zur damaligen Zeit kein Geld auf außerordentlich niedrigem Niveau sei. Er habe aber seine privaten Geldgeschäften stets parallel mit den Geschäftstransaktionen des Konzerns betätigt.

Von den ganzen Konfiorialgesellschaften habe er Dr. Sobornheim Mitteilung gemacht, jedoch habe man dem Aufsichtsrat nichts gesagt, weil man nicht die Verantwortung habe übernehmen wollen, gerade in einem gegenwärtigen Augenblick die gesellschaftliche Angelegenheit dem Aufsichtsrat zu unterbreiten. Goldschmidt habe nicht gewußt, daß von ihm und Penzlin eigenes Kapital in dem Konfiorium gewesen sei.

Kagenellenbogen betonte dann noch, daß er kein wider Spulental sei; er habe auch sein eigenes und das Vermögen seiner Familie in Schultheißaktien festgelegt und habe sein Vermögen im Interesse des Konzerns verloren.

JLSE RÖMER

Roman von Elsbeth Dorchart

55. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nun sah sich um, ob sie nicht Gerda oder Lotte erspähen könne. Doch die Kinder lauerten ganz flott mit den jüngeren Offizieren und waren augenscheinlich so sehr von dem hübschen nicht gefallenen Vergnügen erfüllt, daß sie keine Gedanken mehr für ihre Ergänzungen hatten.

So stieg sie wieder die Stufen zur Terrasse empor, mehrere der Herrschaften, auch jüngere, hatten jetzt hier Platz genommen, um sich in dem feinsten Park des erlauchtesten Barles, der bunten Baumgruppen und des Reiches zu erfreuen. Auch sie ließ ihr Blick mit Behagen auf diesen märchenhaften Bilde ruhen. Dazu spielte die Musik, die vom Regiment gestellt war, und die Paare wirbelten munter durcheinander.

Wie man... angesprochen von etwas Ungewöhnlichem, wandte sie plötzlich den Kopf nach einer bestimmten Richtung hin und fuhr erlärtenes zurück. In einer dunklen Ecke sah sie Graf Horst liegen; er lagte nicht, und seine Augen fielen ausgesetzt am Tisch. Die Treppe und die Befehle vor diesen Augen, und schließlich sagte sie den Plan zur Flucht, hinauf in ihr kleines Zimmer zu eilen. Gesicht verlor sie sich hinter einer Gruppe von Damen und suchte so durch sie gebet, den Ausweg und ließ wie geb zu dem weiten Saal, durch das Vestibül über den Schloßhof dem Eingang des linken Flügels zu. Hier konnte sie erleichtert auf und hin nun langsam und sich geborgen fühlend die Treppe hinauf. Die Treppe und die Garage waren nur mählich durch einige Damen erhellt, aber sie war ja nur geboren. Sie ahnte nicht, daß ein Paar Ausgänger jeder ihrer Bewegungen gefolgt waren, und daß ein triumphierendes Lächeln über Horst's Augen gelassen war, als er sie fliehen sah. Er wußte nur zu genau, wohin sie fliehen... sie und konnte atoll alle Gänge

im Schloße, so daß er nicht erst den Umweg über den Hof zu machen brauchte, um Ziele zu gelangen.

Sie deren... mer im zweiten Stock... gerade eine Treppe erklimmen, als sie plötzlich einen leisen Schrei ausstieß. Vor ihr, wie aus der Erde gewachsen, stand plötzlich Graf Horst mit zünftigen Lächeln. Er mußte aus einem der dunklen Gänge, die den linken Flügel mit dem Mittelbau verbanden, getreten sein.

„Wohin ichone Sie? — Warum diese trübsicht Flucht?“ fragte er, sich ihr zärtlich zuwendend.

„Sie wußte bis an den äußersten Treppentritt zurück.“ „Sie hätte Sie, Herr Graf — geben Sie mir den Weg frei!“ lagte sie mit bebender Stimme, aber mit derselben stolzen Kopfhebung, die ihn heute schon einmal so inaklos verlegt hatte.

„O, keine Mißverständnisse, glauben Sie, Graf Horst! Immer liebe sich von einem so lieben, süßen Ding einfach fortzuschicken oder durch eine zur Schau getragene stolze Haltung imponieren? Wenigstens gehe ich nicht eher, als bis Sie mit Genugtuung für die Kränkung von vornhin, Ihre Weigerung zum Tanz, gegeben haben.“

„Auf der Stelle verlassen Sie mich!“ rief sie empört und vor Jorn außer sich.

„Still, still, meine Fräulein, nicht wird werden.“

„In... in... Minder... einen Raß...“

„Ein marterlichstündender Schrei kam aus ihres Mund. Horst hatte sie umfassen und an sich gezogen. Verließ ihr die Angst auch doppelte Kräfte und ließ sie ihn auch mit geballten Fäusten immer wieder zurück, so fühlte sie nach kurzem Ringen mit Schauern daß ihre Kräfte den starken, kräftigen Armen des jungen Offiziers gegenüber erloschen. Schon verlor sie den Hauch seines Mundes über ihr Ohr, da lagte sie noch einmal laut.

„Schreck!“ Ein zorniger Wut durchdringt plötzlich die Luft. Horst Arm wurde von einem anderen, stärkeren gepakt und zurückgeschleubt und in wenigen Sekunden war sie befreit. Wie eine Erlösung überlief es sie, als sie Graf Konrad zwischen sich und dem Bruder stehen sah. Dieser aber sah sie vorläufig nicht; seine zornintendenden

Augen waren auf Horst, der von dem Angriff noch ganz überaus und sprachlos war, gerichtet.

„Sofort verließ diesen Ort. Unsere Abrechnung werden wir ein andermal halten!“

Jetzt hatte Horst seine Beherrschung wiedergefunden. Drohend und zornig trat er auf Konrad zu: „Was fällt dir ein, dich in meine Angelegenheiten zu mischen?“

„Wer gibt einem Anrechnungsmäßig das Recht, sich als Vornam?“

„Schweig!“ domerte ihm Graf Konrad mit solcher Macht entgegen, daß Horst erlärtenes innehielt. „Eine schuldlose Dame vor einem — Schreck zu...“

„Eins —“ „Was ich mit Fräulein Römer abzurechnen habe, kann ein anderes Mal —“

„Zwei —“ „Ich gehe darum —“

„Drei —“ „Wie von einem ihmern Alß befreit, amete sie auf. Sie hatte noch immer wie fliegenagel auf demselben Platz verharret und schweigend dem Zornschrei der Brüder gelauscht. Jetzt machte sie einige Schritte auf Konrad zu und reichte ihm die Hand:

„Ich danke Ihnen für Ihren Schutz, Herr Graf! O, ich vermag nicht auszubedenken, was ohne Ihr Dazwischentreten geschehen wäre.“

„Sie legte die Hand wie schauernd über die Augen, während Konrad ihre Rechte umspannt hielt. „Armes Kind, daß Ihnen das in meinem Saule verloren mußte.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 1. Februar 1931

Der Februar.

Nach einem Januar, der so felsam und unzeitgemäß so ununterbrochen und vorzüglichsmäßig war, treten auch mit dem Februar in den letzten Wintermonat ein. Es gibt viele, die den Februar als vollkommener Wintermonat gar nicht gelten lassen wollen. Ob diese Leute ihre Meinung nicht ändern werden, bleibt abzuwarten. Denn, bringt der Januar nicht zur rechten Zeit einen rechtshoffenen Winter, dann bekommen wir die kalte Jahreszeit eben in einem schmerzlichen Nachwinter doppelt hart zu spüren. Ein Glücksgefühl freilich kann uns auch ein schmerzlicher Februar nicht rauben: die Wohlfahrt des nachdenklichen Tages, den Segen einer von Tag zu Tag an Kraft und Wärme zunehmenden Sonne. Noch in das erste Drittel des Februar fallen die letzten Tage des Faschings. Es sind die Tage, in denen Mummenschanz und Karneel ihre Höhepunkte erreichen. Bis jetzt hat sich das Karnevalsreiben in einem durchaus harmlosen Rahmen gehalten. Es ist zu hoffen, daß nach der Ausklang des Faschings sich in den Grenzen bewegt die Not und Leid zeigen haben. Im Ende des Karnevals steht der Aschermittwoch. Es beginnt die Vorbereitung auf Ostern. — Daß der Februar dieses Mal neunundzwanzig Tage zählt, kreidet ihm jeder an, der „aus gewissen Gründen“ ungeduldig auf den Monatsserien marciert.

*** Alte Bauernregeln vom Lichtmess (2. Febr.)** Ein vor Kurzem heimgegangener Flämingbauer, ein außerordentlich tüchtiger Landwirt, erklärte wiederholt, daß er von seinem Vater her gewohnt sei, besonders auf die Witterung am Lichtmess zu achten. Mit nachstehenden Bauernregeln verburgt er sich für die Wichtigkeit, da dieselben von seinen Vorfahren ihm überliefert worden sind. Dieser der Wolf als der Sonne Licht zu Lichtmess in den Schafstall bricht. — Wieviel Tage die Verhe von Lichtmess liegt, soviel Tage nachher ihre Stimme verlingt. — Zeit vor Lichtmess Verengung, wird dem Bauern angst und bang.

*** Mariee Lichtmess (2. Februar).** Der Lichtmess galt schon früher als einer der größten Feiertage. Alt und jung ließen es sich nicht nehmen und machten hinaus, oder führen bei Schmerzwetter im Schütteln zum nahen Weinberg. Vorteilhaft wurde fast nur Weinbau betrieben, die Anhöhen nach Kotto zu waren alles aus Weinberge und wurde viel Wein erbau. Die Weinbergbesitzer wurden Winzer genannt und hatten fast das ganze Jahr ihre Beschäftigung in den Weinbergen. Zur Lichtmess wurde der in vergangenen Herbst gefestete junge Wein als reif von den Ästen abgezogen und ausgegohlet. Zur Lichtmess wurde dann Glühwein gebraut und wurden Pfannkuchen hierzu gebacken. Gestirnt wurde fast in jedem Hause. Eine alte Sage war: Wer sich am Lichtmess nicht vom Glühwein die Kiste trinkt, bleibt das ganze Jahr über blaß. Erwähnenswert ist noch, daß an den Äulern der Winzer, welche Wein verkaufen wollten, eine lange Stange angebracht wurde, woran ein Kranz befestigt war. Dies galt als Zeichen, daß dortselbst Wein ausgegohlet wurde. Mit der Zeit der Jahre hat sich zwar manches geändert, weil hauptsächlich durch das Brauen des Lagerbieres der Wein und das Weintrinken verdrängt wurde. Die Winzer konnten den Wein nicht mehr los werden, jedoch der Lichtmessfest ist bestehen geblieben und wird noch heute wie früher auf den Weinbergen gefeiert.

*** Verkehrsunfall.** Trotz der Aufstellung der neuen überhöhten Schilde, mit denen die Einhaltung einer Geschwindigkeit von 10 km gefordert wird, ereignete sich an der Apothekende am Sonnabend nachmittag ein bedauerlicher Unfall. Ein neuer Ordnungswagen, gesteuert von dem Fahrer von Petersdorf, ritt auf dem Leipziger und stieß an der Markt- Ecke mit dem Motorradfahrer Schulze zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Motorradfahrer von Rade geschleudert und erlitt einen Knöchelbruch und Kopfverletzungen. Der Mitfahrer kam ohne Verletzungen davon. Die größte Schuld dürfte nach den von der Polizei gemachten Feststellungen dem Motorradfahrer treffen, jedoch hat der Autolieferer, der Bremspumpen entsprechend, eine höhere Geschwindigkeit als 10 km gefahren.

*** Tonfilm in Kemberg.** Wie uns die Leitung der Schützenhaus-Vereine mitteilt, wird nunmehr auch von dieser der Tonfilm eingeführt. Es ist somit allen Freunden des Tonfilms Gelegenheit gegeben, hier in Kemberg die Vorführungen dieser Filme anzusehen, wozu sie sonst nach Wittenberg fuhren. Wie uns versichert wird, sollen die Vorführungen denen in Wittenberg gleichwertig sein. Wir wünschen dem neuen Unternehmen guten Erfolg.

*** Die ehemaligen Angehörigen des Landwehrbataillons Bitterfeld IV/4** verbinden ihre diesjährige Zusammenkunft am Sonntag, den 7. Februar, in Bitterfeld mit der feierlichen Enthüllung ihrer Gefallenen-Gedenksteine in der Stadtkirche zu Bitterfeld. Vor dem Feiertagsdienst, der 9.30 Uhr beginnt, sammeln sich die Teilnehmer im „Hotel Döring“. Anschließend an den Gottesdienst findet die Enthüllung der Gedenksteine und um 1 Uhr die Zusammenkunft im „Alteisenen Dorf“ statt.

*** Schmiedeburg.** Die letzte Stadtordnungsverammlung beschloß sich u. a. mit einer Reihe von Jagd- und anderen Nachahmungsgelegenheiten, die zur teilweise erledigt werden konnten. Weiterhin wurde noch den Stv.-B. Schmalz gerichteten Angriffe verhandelt. Die Nachprüfung ergab, daß der Stv.-B. Schmalz den Beschluß nicht unterschrieben hatte und alle gegen ihn erhobenen Angriffe grund- und haltlos sind. In der gleichen Angelegenheit hatte sich auch mit dem Amtsgerichtsrat Schröder ein Briefwechsel entwickelt, der nunmehr folgendes Endergebnis aufweist: Die Stadtordnungsverammlung hat einstimmig den Beschluß, Es wird beschlossen, Strafauslag, gegen Herrn Amtsgerichtsrat Schröder wegen Beleidigung, falscher und unberechtigter Behauptungen zu stellen und Einleitung der Akten an den preussischen Justizminister mit dem Antrag, Herrn Schröder, der durch seine Angriffe das Vertrauen der Stadtordnungsverammlung und der von dieser vertretenen Bürgerchaft nicht mehr hat, von hier zu verweisen und durch einen anderen Richter zu ersetzen. Von der Eingabe der Nationalzialisten wird Kenntnis genommen und ist die Angelegenheit in der heutigen öffentlichen Sitzung ge-

nügend geklärt worden, sodas sich ein weiteres Eingehen hierauf erübrigt. Die Angriffe gegen die Stadtordnungsverammlung werden zurückgewiesen.

*** Golpa.** (Arbeiterentlassungen.) Die Vermaltung der Elektromerke hat Ende der letzten Woche ungefähr 80 Arbeitern die Kündigung ausgesprochen. Die Entlassungen dürften in Zusammenhang zu bringen sein mit der Stilllegung des Brauereibetriebes auf der sogenannten „Südgrube“ und mit weiteren Rückgang des Stromverbrauchs. Einer Anzahl von Angestellten ist ebenfalls gekündigt worden. *** Wöllig.** Eine Autoubersubindierung Wöllig-Bergwitz in Sicht! Der alte Plan eines Anfallschusses von Wöllig nach Bergwitz ist wieder aufgetaucht. Ein Paltener Autoubesitzer hat die Erlaubnis zur Errichtung einer Autoubersubindierung zwischen Bergwitz-Wöllig nachgefordert. Wird dieser Plan durchgeführt, so würden auf dieser Strecke Selbst Kesseln, Gohrau und Kieselgüt befrucht und dem Verkehr zugeführt. Jedoch liegt wohl das Hauptinteresse des Unternehmens an dem Ausflugsverkehr, der im Sommer alljährlich nach Wöllig einfließt und dadurch auch eine Förderung erfahren dürfte.

*** Süßen.** 27. Jan. Januar zur Chamottefabrik Großbothen gehörig Chemisch-Keramische Fabrik Süßen ist in andere Hände übergegangen und wird am 1. Februar, nach Übernahme einiger baulicher Veränderungen und Einbau einer modernen Maschinen- und Kochanlage, unter der Firma Chemisch-Keramische Werke G. m. b. H. ihren Betrieb in vollem Umfang wieder aufnehmen. Die Leitung ist den Herren Schöffel-Blauen übertragen.

*** Halle.** 30. Januar. (Der älteste Hallener gestorben.) Am Dienstag starb Gottlieb Ebert, der älteste der Hallener, im Alter von fast 79 Jahren. Der Verstorbenen, eine in weiten Kreisen Halles bekannte Persönlichkeit war Senator und Ehrenmitglied der altberühmten Salzwerk-Vereinschaft im Thale, deren Geschichte er in früheren Jahren des öfteren als Vorreder geleitet hat. Auch war er mehrfach Führer der Neujahrsdeputationen am tairischen Hof. Mit ihm verliert Halle eine seiner marantien alten Hallenergefallen.

*** Sulza.** (Ein Kind von der Dreimalchine zerissen.) Von einem entsetzlichen Unglück ist die Gutsbesitzerfamilie Tische betroffen worden. Das Tochterchen der Familie spielte auf einem in der Nähe der Dreimalchine stehenden Wagen, als plötzlich das Brett kippte, auf dem das Kind stand, und das bedauernswerte Wesen in die in Gang befindliche Maschine geschleudert wurde. Die entsetzte Mutter sprang sofort hinzu und versuchte ihr Kind zu retten, wurde aber selbst von dem Getriebe erfaßt und wäre zermalmt worden, wenn nicht ein in der Nähe stehender Mann geistesgegenwärtig ihr mit einem Messer die Kleider vom Leibe geschnitten hätte. Das arme Kind wurde so furchtbar verkrüppelt, daß es in hoffnungslosem Zustande ins Vornarr Krankenhaus gebracht werden mußte, wo es bereits nach wenigen Stunden verschied. Die Mutter liegt aber schwer verletzt darnieder.

Neuer Teno-Leiter.

Der bisherige Leiter des Landesbezirks Mitteldeutschland der Technischen Hochschule, Ingenieur Heinrich Hoelz, ist mit Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Er hand seit 1919 an der Spitze des Bezirkes. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Bezirksleiter von Magdeburg, Ingenieur Walter Junge, ernannt.

Am den Mittelstand.

*** Magdeburg.** Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Falck, hat, wie wir erfahren, den Reichsverkehrsminister Treutmann angelehrt und ihn gebeten, sich bei der Aufstellung des neuen Elafs für die Fortführung der Mittelstandsbauten einzusetzen. Der Minister erklärte, er wolle alles tun, was in seiner Macht liege, um das Projekt schnellstens zu fördern.

Wie wir weiter erfahren, besteht nicht viel Aussicht, daß eine Beschleunigung im Bau einleitet werde. Man kann nur erwarten, daß die Dote, die bereits vergeben und in Angriff genommen worden sind, in den Rahmen und dem Tempo fortgeführt werden, wie sie projektiert wurden.

Selbstlegung von Ausweisen.

*** Biecherode (Kr. Hofheim).** In einer Betriebsversammlung sollte die Verteilung mit, daß beschäftigt sei, die Kellnerin der Kreuzgasse in Biecherode und Kleinbohnungen am 1. März vorübergehend wegen Abgangsmangels stillzulegen. Es würden auf „van Vollen“ in Biecherode etwa 320 und auf „Althaus“ in Kleinbohnungen etwa 140 Arbeiter betroffen werden.

Eine Million Fehlbetrag in Erfurt.

*** Erfurt.** Trotz der einschneidenden Sparmaßnahmen hat sich nach dem Wirtschaftsjahresbericht des Magistrats in Erfurt (Erfurt) in den verflochtenen neun Monaten des Haushaltsjahres 1931 ein Fehlbetrag von annähernd einer Million Reichsmark ergeben, der in der Hauptsache auf die gesteigerten Wohnungskosten im Jahr 1930 zurückzuführen ist. Die Zahl der Mietspreisanwärtigen hat sich fast verdoppelt. Ein Ausgleich des Fehlbetrages durch neue Erwerbsmöglichkeiten ist ein Ding der Unmöglichkeit. Als letzter Ausweg bleibt nur noch die Ausgabe von Staatsanleihen.

Streit zur Erzwingung der Strompreisentung.

*** Niedersachswerfen.** Die Einwohner der Gemeinden Niedersachswerfen und Petersdorf hatten beim Elektrizitätswerk Alfeld-Blomberg eine Senkung des Strompreises beantragt. Da das Werk dieser Forderung nicht, oder nicht in vollem Maße entsprechen will, sind die Einwohner in einen Aktstreik getreten. Es geht so aus, als wolle der Streit auch auf andere Gemeinden übergreifen.

*** Hohe Gefängnisstrafen in Sangerhäuser Aufstehprozeß.** Sangerhausen. Der Prozeß gegen die Straßenmüllwe, die sich am 26. Juli bei der Einweihung eines S.-A.-Festins ereigneten, fand jüngst als ein erwarteter in einem nach öffentlicher Sitzung, in der 40 Personen vernommen wurden, zog sich das Nachbühre Große Schöffengericht zur Beratung zurück. Nach weiteren zwei Stunden wurde das Urteil verkündet:

*** Jehn Angeklagte, alles Kommunisten aus Sangerhausen und Umgebung,** wurden wegen Auftrags bzw. Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von einem Jahr und sechs Monaten bis herab zu vier Monaten verurteilt. Das Verbrechen gegen die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hauptsächlichsten Schlie aus Reinsdorf bei Artern und Hendrich aus Niesbich bei Sangerhausen

wurde abgetrennt. Gegen beide wird später verhandelt werden.

Die Stahlfabrik in der polnischen Verammlung.

*** Eisenben.** Ein Landwirt aus Heftfeld, der der SPD angehört, hatte Anfang voriger Woche versucht, eine nationalsozialistische Verammlung in Wölligendorf zu führen. Bei seiner Festnahme fand man eine Stahlfabrik bei ihm. Er wurde vom Schnellrichter in Eisenben zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein gefährliches Diebesnest ausgehoben.

*** Schützhausen im Amdenwang.** Eisenben. Durch einen überraschenden Zugriff gelang es der Kriminalpolizei, eine Einbrecherkolonie unerschütterlich zu machen, die seit Monaten in Eisenben ihr Unwesen trieb. Es handelte sich um die Arbeiter Richard und Paul Arendt sowie um den Schlosser B. Lehnerer mit der Sohn einer durch aus ehrenwerten Bergmannsfamilie. Als Helfer bzw. Beauftragter waren beteiligt die ledigen Gertraud Arendt und Maria Schmidt. Von Eisenben aus unternahmen sie ihre Diebeszüge.

Auf das Konto der Bande kommen etwa 50 Raubereignisse, Einbrüche in Verkaufsstellen am Bahnhof, in der Bahnhofsstraße, in den Postanlagen, Benutzung von Postautomaten und sonstige Einbrüche. In der Wohnung der Täter wurden Einbrecherwerkzeuge und eine große Menge Schloß, u. a. Handwerkzeuge, Schlüssel, Schloßschlüssel (Schloß und Jagdgewehr), Kleidungsstücke ujm. gefunden. Ein Teil der Schloßschlüssel konnte zunächst nicht verifiziert werden.

Wiedereröffnung der Leipziger Gewerbebank?

*** Leipzig.** Die Bank für Handel und Gewerbe A.-G. die am 3. Oktober ihre Schalter geschlossen, nach Wöllig eines 80prozentigen Vergleiches den laufenden Geschäftsbetrieb am 1. Januar aber wieder aufgenommen hat, legt ihren Jahresbericht für 1931 vor. Er weist einen Verlust von 1,367 Mill. aus. Wie in dem umfangreichen Bericht ausgeführt wird, hat die Verhaltung in Übereinstimmung mit dem Überwachungsamt die Wiedereröffnung der Schalter mit Rücksicht auf die schwachen Verhandlungen wegen Reichshilfe, bzw. Gründung eines neuen Kreditinstituts oder wegen Anleihen an ein anderes bestehendes Institut für unbedingt erforderlich gehalten. Zur Zeit laufenden Verhandlungen mit der Eisen- und Stahlfabrik mit dem Ziele einer Verbindung der beiden Institute.

Amerikanisches Vermächtnis für die Universität Leipzig.

*** Leipzig.** Der vor kurzem in New York verlebte Seidenfabrikant Paul G. Günther hat der Universität Leipzig 100 000 Dollar vermacht.

Derzeit zweier großer japanischer Zeitungen hat 25 000 Yen für die Abhaltung japanischer Sprachekurse an der Universität Leipzig gestiftet. Als Dozent der japanischen Sprache für Leipzig ist der deutsche Gelehrte Dr. Ueberkath, der an der Leipziger Universität lehrte, abzuweisen. Im Sommersemester soll bereits mit den Kursen begonnen werden.

Ein Mord, sieben Lebensmisse und vier tödliche Unfälle.

*** Leipzig.** Laut Wochenanweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig sind in der Woche vom 10. bis 16. Januar 153 Minder geboren worden. Gestorben sind im gleichen Zeitraum 151 Personen. Vier Personen erlitten tödlichen Unfällen, sieben Personen endeten durch Selbstmord. Ein Menschenleben wurde durch Mord vernichtet.

Der Mordplan des Bürgermeisters.

*** Hofheim-Enckelhof.** Bürgermeister Werner aus Hofheim-Enckelhof war in erster Instanz wegen Aufforderung zum Mord zu 4 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Berufungsinstanz hat die Strafe auf 2 1/2 Jahre Gefängnis herabgesetzt. Nachdem Bürgermeister Werner auf Berufung gegen diesen Urteil verzichtet hat, ist das Urteil rechtskräftig geworden. Er wird sich nunmehr in einem besonderen Verfahren wegen Amtsuntersagung und Urkundenfälschung zu verantworten haben.

*** Eine Mutter und drei Kinder ertranken.** Mit ihren vier Kindern hatte die Arbeiterfrau Lange aus Rudelstadt (Kr. Wolfenbüttel) eine Schlittenfahrt auf dem Eise des Bover unternommen. Plötzlich brach der Schlitten, auf dem die Frau und zwei Kinder saßen, durch die schon milde geneordnete Eisebake. Alle drei Personen verlanten sofort. Ein zehnähriger Sohn, der schnell hinlief und die Mutter und die Geschwister zu retten versuchte, fiel gleichfalls ins Wasser und ertrank. Allein ein sechsjähriges Mädchen vermochte sich zu retten.

*** Del- und Gasausbruch im Keller Delgebiet.** Zu einem gemaltigen Del- und Gasausbruch, der den ganzen Tag mit unerminderter Stärke anhält, kam es auf der Bohrung C. 40' in Celle. Fast die gesamte Belegelag mußte zum Zuführen von Dämmen herangezogen werden, um den zu erwartenden Dellegen zu bergen. Der Ausbruch trat ein, als man mit dem Schlemmen beginnen wollte. Durch den starken Gasdruck wurden Sandsteine hochgeschleudert, die die Arbeiter in kurzer Zeit wieder durchschleifen, so daß Gas und Del widerstandslos entweichen können. Die Bohrung, die auf der Gemeinshaft Elwerath niedergebracht wurde, liegt auf Nienberge Gebiet.

*** Gefängnis für einen Bantidirektor.** Das große Schöffengericht in Frankfurt a. M. hat den früheren Direktor der Spar- und Kreditbank E. G. m. b. H. in Frankfurt a. M., Valentin Schöneberger, wegen geschäftlicher Untreue und Vergehens gegen das Reichsabgabengesetz zu drei Monaten Gefängnis und 1000 RM Geldstrafe verurteilt.

Erwerb der Staats- bzw. Reichsangehörigkeit

In der Öffentlichkeit ist neuerdings vertriebt die Frage der Einbürgerung des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, erörtert worden. Nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. 6. 1913, ergänzt durch ein Gesetz vom 5. 11. 1923, kann die Einbürgerung auf zweierlei Weise erfolgen: 1. Der betreffende Ausländer hat bei der Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die Regierung kann den Antrag ablehnen. Im Falle der Annahme des Antrages entscheidet der Reichsrat, in dem Einpruch erhoben werden kann, mit der Begründung, daß die Einbürgerung dem Wohle des Reiches oder des betreffenden Bundesstaates (Landes) zuwiderlaufe. Im Einpruchsfalle entscheidet der Reichsrat mit Mehrheit. 2. Die Anstellung eines Ausländers im Reichs- oder Staatsdienst oder in einer Verrichtung als Einbürgerung, und zwar erwirbt der Betreffende dadurch, automatisch die jeweilige Staatsangehörigkeit oder im Falle der Anstellung im Reichsdienst mit Beamtenerschaft die unmittelbare Reichsangehörigkeit.

Geldschrank gestohlen und samt Inhalt ins Wasser geworfen. In das Gebäude der Gasanfalls-Betriebsgesellschaft in Rödgershausen (Saar) waren Diebe eingedrungen und hatten einen sechs Zentner schweren Geldschrank mit 4000 Franken Inhalt gestohlen. Während die Diebe noch nicht ermittelt werden konnten, führte die Spur des gestohlenen Geldschrankes nach der Saar. Das Wasser wurde abgelassen und man fand etwa fünf Meter vom Ufer entfernt den Geldschrank drei Meter tief im Wasser liegend vor. Mit Erschauern stellte man fest, daß sich die 4000 Franken noch im Geldschrank befanden. Den Dieben war es nicht gelungen, den Schrank zu öffnen. Wütend über das Mißlingen ihres Versuches, haben sie ihn dann kurzerhand in die Saar geworfen.



Das Weidwerk im Februar.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird es in kurzen zu Ende sein mit des Winters Herrlichkeit. Ueber die brauchen wir freilich heuer nicht allzulehr zu klagen, denn,

abgesehen von einzelnen Schiden, die da und dort das Hochwasser angeht hat, ist unser Wild verhältnismäßig gut durch den Winter gekommen. So ist die erste Voraussetzung für eine günstige Weiterentwicklung unserer Wildstände gegeben. Möge Hubertus auch weiterhin helfen!

Aber mit dessen Hilfe allein ist es nicht getan. Der gegende Jäger darf auch in der stillen Zeit, die nie eine tote Zeit ist, sein Gewehr an die Wand hängen; er muß möglichst viel im Revier sein, sich um sein Wild kümmern und nach dem Rechten sehen. Gerade die stille Zeit ist für aasjägerliche Grenzjagden und Wildleibe die „hohe Zeit“, da blüht deren Welken, wenn der Jägerhaken hinter dem warmen Ofen hängt und Revier Revier sein läßt. Auch das Raubwild und das Raubzeug verdient gerade jetzt, wo neues Werden im Wilde keimt, die allerhöchste Aufmerksamkeit. Das Raubzeug muß nach Möglichkeit gerade jetzt, nötigenfalls sogar mit Gift unter peinlichster Befolgung der einschlägigen Vorschriften, ausgerottet werden. Beim Raubwild liegen die Dinge etwas anders. Da vernichtet der weidgerechte Jäger nur das, was im Interesse des Wildbestandes unbedingt weg muß; im übrigen aber erkennt er die Darlehensberechtigung auch dieser Gottesgeschöpfe an, die von einer weisen Vorsehung bestimmt nicht ohne Zweck ins Leben gerufen worden sind.

Abgesehen von den Jagdenahmen, die in einzelnen Ländern, z. B. in Preußen, noch freigegeben sind, sind den Wildbänden, wird im Hornuna kaum ein Stück

Aufwaid der niederen Jagd bejagt werden, denn der Auehahn steht noch nicht in der Balz und die Schneepien treffen äußerst selten vor März bei uns ein. Hochwild aber hat fast überall Schonzeit, und an Schwarzwild soll man außer und Frischjagd erlegen, weil die Wachen innehaben und darum labu sein müssen. Wenn ihnen auch das Geleg noch keine Schonzeit zubilligt, der anständige Grundrod verabschiedet die Vernichtung des werdenden Lebens. Der hat auch so seine Freuden an der Natur, weil er sich mit von Wüldungen lagt:

Im Tigern gleich zu morden
In Wäldern weit und breit,
Hab' ich Dianens Orden
Wich wahrlich nicht gemeist;
Rein, einem edlen Triebe
Dank' ich mein grün Gewand;
Nur dir, Natur, zuliebe
Wähl' ich den Jägerstand!

Wer so das deutsche Weidwerk aufstift, der hat auch im Hurnung seine stillen Freuden, die so unendlich glücklich machen. Er weiß, daß in kurzer Zeit es draußen anders aussehen wird, wenn auf dem Ufer die ersten Surenge hagen gefunden werden. Dann ist der Gang nicht mehr weit, besonders dann nicht, wenn mit Ende Februar-Anfang März die Ringeltauben als erste Frühlingsboten zu uns zurückkehren und gleich die Paarungszeit beginnen, die Zeit in der der Tauber ruckt.

5. D.

**Unser großer
Total - Ausverkauf**

wegen Geschäftsaufgabe

bietet Ihnen eine nie wiederkehrende Gelegenheit, gute Qualitätswaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen

zu erwerben. Sie finden bei uns sämtliche

**Herren-, Jünglings-
u. Knabenkleidung**

in unübertroffener Auswahl und zu Preisen, die Ihnen nirgends geboten werden können.

Kleinteich & Albers

Schloßstr. 4 Wittenberg Schloßstr. 4

Empfehle frisch eingetroffen
Schellfisch, Fischfilet
grüne Heringe
billig
Bollbäcklinge, Sprotten
ger. Schellfisch, Lachsheringe
Fleckerlinge
Richard Tempelhof, Tel. 256
Frisch eingetroffen

Grüne Heringe
Rund 17 Pfennig
bei **S. G. Glaubig**
Frisch eingetroffen

Grüne Heringe
Schellfisch
Fischfilet
W. E. Reinecke, Tel. 356

Geschäfts-Eröffnung.
Der geehrten Einwohnerschaft von Rotta und Umgegend zur Kenntnis, daß ich mich dabeibei als
Schneider
niedergelassen habe. Ich bitte, mich gütigst unterstützen zu wollen und höhere gute Arbeit bei billigsten Preisen zu.
Hochachtungsvoll
Arthur Knauff

Stroh und Rügen
verkauft mit Anfuhr
Dr. Anape, Euskä

Empfehle **Dienstag 1/2 Uhr**
frische Brezeln
Mittwoch 1 Uhr
Spritz- und Pfannkuchen
Hermann Busch
Morgen Dienstag, von
1/2 Uhr ab frische

**Schaum-, Fasten-,
Mohn- und
Kümmel - Brezeln**
D. Herrmann, Bäckerei
Morgen Dienstag
früh 8 Uhr
Speckfuchen
Ernst Wend

Morgen Dienstag ab 8 Uhr
ff. Speckfuchen
ab 1/2 Uhr frische
Schaum- und Fasten-
Brezeln
Bäckerei Berndt

Uffentaschen
Einkaufsbeutel
Reisekoffer
empfehlen in allen Preislagen
Richard Arnold

Prima fettes
Hammelfleisch
empfehlen **Heinrich Schneider**

Prima fettes
**Rind- und
Hammelfleisch**
empfehlen **Louis Richter**

Frisches
Hammelfleisch
empfehlen **Ewald Ballmann**

Schlachte eine Kuh und verkaufe
Donnerstag von 8-10 Uhr
Rindfleisch
Bratenfleisch 80 Pf.
Kochfleisch 60 Pf.
Kalitzsch, Gommlo

Modenschau
Neu
bei **Richard Arnold**

Lubast.
Sonntag, den 7. Februar
- Masken-Ball -

Zur weißen Woche

vom 1. bis 8. Februar 1932

gewähre ich trotz bisheriger grosser Preissenkung auf meine guten Qualitäten

weiße Webwaren und Wäsche
einen Sonder-Rabatt von 10 Prozent

August Schulze

Die Interessenten der **Riemiger Hüfnerschaft** werden zur **Bersammlung**

Mittwoch, den 3. Februar, abends 7 Uhr im C. Bachmannschen Lokale hiermit eingeladen.
H. Söhne, Marfenrichter

Bahnhofswirtschaft
Kemberg
Jeden Dienstag
Stat-Abend
Es ladet freundl. ein **C. Böhnte**

Krieger-Berein
Morgen Dienstag,
abds. 1/2 Uhr im Palmbaum
Bersammlung
Alle Kameraden sind herzlichst eingeladen
Der Vorstand

Ratskeller
Voranzeige
Sonntag den 7. Februar
Fastnachten

Gewerbe - Verein
Mittwoch, den 3. Februar, nachmittags von 4-7 Uhr
Sprechstunden

Sammellassen
in reicher Auswahl bei **Rich. Arnold**

im Hotel „Blauer Hekt“. Ausfüllen der Gewerbesteuererklärung. Mitbringungen ist die Abchrift der letzten Vermögenssteuererklärung.

Rotta
Dienstag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr Singstunde im Pfarrhaus
Donnerstag, den 4. Februar, 7 1/2 Uhr abends Jungmädchen-Verein bei Jahn

Abends halb 9 Uhr im Hotel Palmbaum

General-Versammlung
Tagesordnung wird in der Bersammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand

Zum Weinberg
Dienstag, den 2. Februar

Lichtmeß = Feier und Tanz
von nachm. 2 Uhr an **Großes Kaffee-Konzert**
Eintritt frei, Tanzgeld 50 Pfennig
Musik: Kühne, Orchester Wittenberg
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt
Es ladet freundlichst ein **C. Fehner**

Danksagung.
Für die liebevolle und große Anteilnahme und für die Ehrung unserer lieben Entschlafenen
Emma Schirmer
durch Wort, Schrift und Kranzspenden bitten wir hierdurch unsern herzlichsten Dank entgegenzunehmen zu wollen
Im Namen aller Hinterbliebenen
Hermann Schirmer

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Sonntagsblatt“ und „Allerlei Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. / Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfa., die Spaltenweise Beilagenzeitung 40 Pfa., Ausnahmestunden 30 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbungen unbeschränkt geschriebener oder durch Fernschreiber aufgeschriebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.- M. das Aushand, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 14

Dienstag, den 2. Februar 1932

34. Jahrg.

Frühere Reichstageseinberufung? Um die Hindenburgwahl.

— Berlin, 30. Januar.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Festlegung des Termins für die Reichspräsidentenwahl durch den Reichstag selbst erfolgen, und nicht durch seinen Ständigen Ausschuß. Nach der Verfassung hat nämlich der Ständige Ausschuß das Recht zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung nur in den Zeiten, in denen der Reichstag nicht zusammen ist, d. h. nach Auflösung des Reichstages bis zum Wiederzusammentritt des neuwahlgewählten Reichstages oder nach Schluß eines Tagungsabschnittes.

Der Reichstag hat aber diesmal keine Tagung nicht geschlossen, sondern er gilt als verfallend, da er sich auf einen bestimmten Tag versagt hat, nämlich auf den 23. Februar.

Der 23. Februar ist allerdings zu spät für die Festlegung des Termins für die Reichspräsidentenwahl. Die daher notwendige Einberufung des Reichstages wird erfolgen, sobald die Vermählung um die Kandidatur Hindenburg abgeschlossen sind. Reichstagspräsident Lohde wird dann den Reichstag nur zum Zwecke der Bestimmung des Wahltermins, voraussichtlich ohne nochmalige Befragung des Reichstages, sofort einberufen, da ja aus der Mitteilung derjenigen Parteien, die die Kandidatur Hindenburg unterstützen, hervorgeht, daß diese sämtlich eine Mehrheit des Reichstages für eine Einberufung wünschen.

Der unter der Leitung des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Schum stehende Ausschuß zur Vorbereitung der Kandidatur Hindenburg glaubt, wie man weiter aus parlamentarischen Kreisen erfährt, am Montag mit seinem Auftruf vor die Öffentlichkeit treten zu können.

Theoretisch würde also eine Einberufung des Reichstages schon für die übernächste Woche möglich sein. Da sich jedoch der Reichstag aus dieser Zeit im Genf aufhalten wird, so möchte voraussichtlich ein etwas späterer Termin für den Zusammenkunft des Reichstages gewählt werden müssen.

67 Milliarden bezahlt.

Klare Abrechnung über die deutschen Leistungen seit dem Waffenstillstand.

— Berlin, 30. Januar.

Die französischen Berechnungen, wonach Deutschland Frankreich noch Beiträge für den Wiederaufbau des Kampfgebietes schuldet, und die Wärdung über die anfängliche Bilanzlage Deutschlands nach der Entwertung der inneren Schulden in der Inflation erfahren sich durch amtliche Zahlen über die Gesamthöhe der bisher von Deutschland geleisteten Zahlungen eine klare Zurückweisung.

Nach dieser amtlichen Berechnung hat Deutschland bis zum Inkrafttreten des Dawesplans, also bis zum 31. August 1924, den Reparationsmächten Vermögenswerte von insgesamt 42 059 Millionen Goldmark übergeben. Davon entfallen 16 700 Millionen Mark auf das abgetretene Staats- und Privatvermögen. Gutgeschrieben hat uns die Reparationskommission von diesen 42 Milliarden Mark ganze acht!

In Ausführung des Dawes- und des Youngplans hat Deutschland dann weitere zehn Milliarden Mark geleistet, so daß die Gesamtsumme der deutschen Leistungen sich auf rund 53 Milliarden Mark erhöhte. Hierzu sind aber noch weitere Kosten, der Wert des zwangsweise veräußerten Kriegsmaterials mit über acht Milliarden, die industrielle Abrüstung und die inneren Belastungen zum Beispiel, im Gesamtwert von über 14 Milliarden hinzuzurechnen. Insgesamt ergibt sich also eine deutsche Leistung von 67 673 Millionen Goldmark.

Aber auch in dieser Summe fehlt noch immer die Berechnung des volkswirtschaftlichen Wertes der abgetretenen Gebiete und der Kolonien, ferner alle indirekten Schäden. Auch die Belastung des deutschen Kredits durch den Kapitalwert der Younganleihe und die Belastung aus dem Hooverjahr ist noch nicht darin enthalten.

Die offizielle Erklärung tritt dann nach der Auffassung entgegen, daß Deutschlands innere Schuld im Verhältnis zu der seiner Gläubigerländer gering sei und Deutschland infolgedessen bei einer Entlastung von den Reparationen leistungsfähiger sein würde als die übrigen Länder.

Die Inflation, die die inneren Kriegsschulden ausgelöst habe, habe ebenso den einzelnen Staatsbürgern wie dem Staat selbst schwere Einbußen und Neubelastungen gebracht, zumal da mit der Verdrängung des Kapitals durch die Inflation die Übertragung von Kapital und Schulden in dem oben erwähnten Umfang auf Grund des Friedensvertrages gleichen Schritt gehalten habe.

Eröffnung der „Grünen Woche“.

Ein Gang durch die Ausstellung.

Berlin, 30. Januar.

Am heutigen Sonnabend wird in der Reichshauptstadt die „Grüne Woche“ eröffnet. Begrüßungsansprachen halten Reichsernährungsminister Schöber, der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Stein und Oberbürgermeister Dr. Schum. Ein erster Gang durch die Ausstellung zeigt eine Fülle von landwirtschaftlichen Schau- und Lehr-

stätten. Einen breiten Raum nimmt die Sonderchau: „Deutscher Wald — deutsches Holz“ ein. Hier wird die Entstehung des deutschen Holzes gezeigt. Ferner das, was der Forstmann tun kann, um die Zersamungsmöglichkeit des Holzes zu verbreiten. Eine Illustration dazu bieten ein Forsthaus und zwei Siedlungsstätten, alle drei ganz aus Holz errichtet.

Die Landwirtschaft selbst wendet sich mit ihren einzelnen Sonderausstellungen vor allem an die städtischen Besucher, um ihnen die Güte des deutschen Erzeugnisses sinnfällig vor Augen zu führen. Die Reichswirtschaftliche für deutsche Ware, hat eine Sonderausstellung. Der entstehende Augenblick — Deutsche Ware oder „Auslandsware“ — ist zusammengestellt. Der G a t e n a u zeigt den Besuchern u. a. die Zusammenhänge zwischen Gartenbau und Einfuhr. Das preussische Landwirtschaftsministerium bringt eine Sonderchau über Landesmeliorationen. 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Deutschen Reiches sind noch entwässerungsbedürftig.

Auf einer von Angelpart veranalteten Sonderchau findet die W o l l h a n d l a b e besonders Interesse. Die Sonderausstellung ist auch in diesem Jahre recht umfangreich. Auf der P i e r d e l a u mit ihren prächtigen Kassetten findet man auch das kleinste Pferd der Welt, die einfache Schimmelstute „Gita“, ein original-japanische Zwergpony.

Chinesische Kriegserklärung?

Europas Diplomaten wissen von nichts.

London, 31. Januar.

Nach einem Reutertelegramm soll die chinesische Regierung beschlossen haben, Japan den Krieg zu erklären. Mithat dieser kurzen Mitteilung haben weitere Informationen darüber, daß die chinesische Zentralregierung sich zu einem solchen formellen Akt entschlossen habe, nicht vor.

Aus Schanghai hat gemeldet, daß der englische und der amerikanische Generalkonsul mit dem japanischen Admiral Shiojawa an Bord seines Flaggschiffes „Akata“ Besprechungen hatten.

Sie überreichten chinesische Vorschläge, um den „abgeschlossenen Waffenstillstand“ (der von den Chinesen wegen neuer Bombenwürde nicht anerkannt worden war) weiter zu erhalten und zu festigen.

Der japanische Admiral sagte zu, daß die Japaner bereit wären, die Bedingungen zu erörtern, und deutete an, daß er möglicherweise mit den Chinesen direkt verhandeln würde, um zu einer Einigung zu kommen.

Eine japanische Regierungserklärung.

Am Anschluß an die amerikanischen und englischen Schritte in Tokio hat die japanische Regierung eine Mitteilung herausgegeben, in der sie erste Urteile des japanischen Vorgehens in Schanghai der Boykott japanischer Waren und die Verhaftung der japanischen Konsulatsbeamten in Schanghai als gerechtfertigt bezeichnet.



der japanischen Streitkräfte, durch welches die Zurückziehung der chinesischen Truppen aus Schanghai verlangt wurde. Während die holländischen Behörden über die zu gebende Antwort verhandeln (am 29. Januar 0,30 Uhr), ergriffen die Japaner Maßnahmen gegen die chinesischen Truppen in Schanghai.

Während umzingelten japanische Truppen den Nordbahnhof, entzweiten die chinesische Polizei von Schanghai. Am 29. Januar, 10 Uhr, in der in Schanghai stationierten chinesischen Streitkräfte. Um 1,30 Uhr wurden japanische Verhaftungen gelandet, die sich in Richtung auf die Nord-Station in Bewegung setzten.

Als sie auf heftigen Widerstand der chinesischen Truppen stießen, kam es in Schanghai zu schweren Gefechten. Die Japaner legten Feuer an Gebäude im Viertel von Schanghai, so daß bald der gesamte Bezirk von Schanghai ein Flammenmeer bildete.

Was macht Rußland?

Die Möglichkeit eines russisch-japanischen Konflikts ist durch die Lage an der Front von Chharbin gegeben. Da es den japanischen Truppen trotz fortgesetzter Flugzeugangriffe auf Chharbin an der Dichtmachung in der Mandchurie nicht gelungen ist, in die Stadt einzudringen, verließen sie, auf der Bahn in aller Eile neue Truppen heranzuziehen.

Diese Bahn steht aber unter russischem Einfluß und wird von russischen Beamten zum Teil vermauert. Die japanischen Truppen haben bereits eigenmächtig Züge für den Transport requiriert. Die Sowjet-Eisenbahnbeamten sind nun bedroht worden, und man befürchtet, daß sie gemeinsame Sache mit den um Chharbin herum stehenden chinesischen Truppen machen werden.

Fortdauer der Kämpfe in Schanghai.

In den frühen Morgenstunden verstärkte sich das Feuer in Schanghai außerordentlich. Im Anschluß daran teilten die Japaner mit, daß die ersten chinesischen Verhaftungsgruppen von Nanjing eingetroffen seien und in den Kampf eingegriffen hätten. Die Chinesen eröffneten bei Tagesanbruch ein schweres Artilleriefeuer vom Nordbahnhof aus, unterbrach durch einige Panzerzüge.

Die japanischen Marineoffiziere waren darauf gezwungen, zurückzuziehen. Mehrere chinesische Granaten fielen in der internationalen Niederlassung zu Boden, worauf eine große Panik entstand, da man zunächst glaubte, daß die Chinesen die internationale Niederlassung angreifen wollten.

Eine chinesische Granate traf den japanischen Tempel in der Niederlassung und richtete beträchtlichen Schaden an. Der Brand in der Chinesenstadt Schanghai wußte ununterbrochen weiter.

Hunderte von Häusern sind dem Brand zum Opfer gefallen. Die Zahl der chinesischen Todesopfer an Männern, Frauen und Kindern ist gar nicht abzuschätzen. Sie wird auf mehrere tausend geschätzt. Während der ganzen Nacht wurde das schaurige Flammenmeer von der internationalen Niederlassung aus von Lauten und von Reuigerie beabachtet. Ganz Schanghai stand in einem hellen Flammenmeer. Davon erlöset immer wieder das unheimliche Geknatter der Maschinengewehre und die Schiffe der chinesischen Feldgeschütze.

Tschiangkaijetsch Appell.

Der neue Vorschlag des Militärformations, Tschiangkaijetsch, hat eine Rundgebung herausgegeben, in der er die neue Verhandlungspolitik gegen die Japaner bekräftigt und alle chinesischen Truppen unter die Waffen ruft, um den japanischen Eindringlingen Widerstand zu leisten.

Er wiederholt seine feierliche Versicherung, daß er bereit ist, sein Leben für das Vaterland zu opfern. Er sei auch bereit, wenn das Volk ihn ruft, wieder persönlich das Oberkommando über die Truppen zu übernehmen.

Die Chinesen hoffen, nach neuen Verhaftungen die Japaner in einer entscheidenden Schlacht völlig aus Schanghai hinauszuwerfen.

Frankreichs zweideutige Rolle.

Am amerikanischen Kongreß ist die Ansicht vorherrschend, daß Frankreich Japans gemeiner Verbündeter sei. Viele Senatoren seien überzeugt, daß Japan nicht ohne Frankreichs Rückendeckung sein Unternehmen begonnen haben würde.

Man weist darauf hin, daß japanische Truppen in der französischen Konzeption in Schanghai gelandet sind und daß Paris den amerikanischen Vorschlag einer Protektion abgelehnt hat. Man nimmt an, daß Frankreich als Gegenleistung von Japan Unterstützung in der Verdriftungsfrage und in der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa erhalten habe.

Die Nanjing-Regierung hat jetzt nochmals ein dringendes Gebot an die Unterzeichner des Kellogg-Pattes und des Neu-Nachkriegs-Abkommens gerichtet, wirksame Maßnahmen gegen das japanische Vorgehen zu ergreifen.

Blockade Schanghai's angedroht.

Der japanische Generalkonsul und der Militärattaché in Schanghai haben in Tokio um Entsendung weiterer Truppen gebeten, da nach dem Einziehen der Truppen Tschiangkaijetsch in Schanghai die japanischen Truppen den chinesischen Streitkräften nicht mehr gewachsen seien. Die japanische Regierung hat jedoch noch keine Entscheidung getroffen. Es wird erwohnt, für den Fall, daß die Chinesen die japanischen Streitkräfte angreifen sollten, Schanghai zu blockieren.

Drei weitere Flugzeugmutterlätze, drei Kreuzer und vier Zerstörer mit Marineoffizieren an Bord sind nach Schanghai in Marsch abgeleitet worden. Mit diesen Schiffen